

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei E. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Halbmonatlich 17 Neuenbürg
30 Wochenentgelte. Durch die
Post im Orts- u. Oberamts-
verkehr, sowie im sonstigen
inländ. Verkehr 50 Wochen-
entgelte n. Postbefreiungsbüch.
Preis freibleibend.
Nachnahme vorbehalten.
Preis einer Nummer 1000-
pfennige.
In Fällen von ab'eter Ge-
walt besteht kein Anspruch
auf Befreiung der Zeitung
aber auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Buchhändler, in Neuenbürg
ausserdem die Buchhändler
jederzeit entgegen.

Strasporto Nr. 24 bei der
K. Poststelle Neuenbürg

Mittelwert:
Die einseitige Beilage ob-
deren Raum im Bezirk
15, außer 30 Wochenentgelte
mit Zul.-Steuer. Postbe-
freien 100 Proz. Zulag.
Offerte u. Aufnahmefristung
2 Woch. - Zeit. Preis 5000-
pfennig.

Bei größeren Aufträgen ent-
sprechender Rabatt, der in-
folge des Jahreswechsels
hinfallig wird, ebenso wenn
Bezahlung nicht innerhalb
3 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen
treten sofort alle früher. Ver-
einbarungen außer Kraft.
Grenzpreiser Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird telegraphischer Beleg über-
nommen.

Nr 54

Neuenbürg, Dienstag, den 4. März 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Offenburg, 1. März. Die Franzosen verlangen die Aus-
führung eines massiven Baues in der Nähe der landwirtschaft-
lichen Halle, um die in verschiedenen Wirtschaften untergebracht
den Hühnern zu vereinigen. Der Neubau in der Silberstraße soll
von den Franzosen zu diesem Zweck in Anspruch genommen
werden. Ferner haben die Franzosen der Schutzmannschaft nicht
gestattet, die Bahnanlagen zu betreten. Wie man weiter
hört, soll das städtische Kreiszimmer, das erst vor kurzem von
den Franzosen zurückgegeben wurde, ihnen wieder zur Verfü-
gung gestellt werden, um dort eine Kantine einzurichten.

Vom Bodensee, 1. März. Zur Uebernahme der Bodensee-
häfen von der Reichsbahn schreibt die Deutsche Bodenzeitung,
daß die sämtlichen Häfen und Landungsplätze aus dem Besitz der
Reichsbahnverwaltung in allernächster Zeit an die Reichs-
bahn übergeben. Durch diese Uebernahme wird in Zukunft eine
einheitliche Regelung in der Verwaltung erfolgen. Die Land-
plätze und die Häfen müssen allerdings eine gute Ausbesserung
erfahren, da wegen der langen Verhandlungen fast nichts mehr
verbessert wurde. Für diese Verbesserungen sorgt nunmehr
einheitlich die Reichsbahnverwaltung, die die betreffenden Bahn-
meisterstellen, die Hafenmeisterstellen in Konstanz und die ein-
zelnen Uferbestimmungen werden von den Beamten übernom-
men. Eine Kommissionskommission wird nächstens alle Uferplätze
des Ober-, Ueberlinger- und Untersee zwecks endgültiger Ue-
bernahme bereisen.

Jena, 2. März. Am den vom 'Jungtum' für Sonntag
geplanten Deutschen Tag zu Jena, hatten die Kommunisten
nach Jena Kräfte zusammengeworfen. Die Landespolizei mußte
vielfach im Laufe des Tages gegen Störungen kommunistischer
Demonstrationen und Kundgebungen einschreiten. Es wurden
über 20 Personen aus dem kommunistischen Lager wegen Wei-
erstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet, darunter auch zwei
kommunistische Landtagsabgeordnete. Der Festtag des 'Jung-
tums' ist programmäßig verlaufen. Am Mittertag war über-
all die Ruhe wieder hergestellt.

Evangel. Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 1. März. Im weiteren Verlauf der Samstag-
tagung wurden Wahlen vorgenommen. Gewählt wurde von 77
anwesenden Abgeordneten zum dritten Mitglied des Landes-
kirchen-Ausschusses Abg. Reiff mit 71 Stimmen, zum ersten und
zweiten Stellvertreter des Präsidenten der Landeskirchenver-
sammlung die Abg. Waber 1 mit 77 und Vortmann mit 71
Stimmen, zum ersten und zweiten stellvertretenden Mitglied für
das dritte Mitglied des Kirchenausschusses die Abg. Groß mit
74 und Waber-Litz mit 73 Stimmen, zum Kirchenauschussmit-
glied an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Kirch-Hohenlohe der
Abg. Waber 1 mit 76 Stimmen, zur Ergänzung des händlichen
Ausschusses werden gewählt die Abg. Welsch mit 74, Reiff mit
76 Stimmen, endlich fünf Stellvertreter für die Mitglieder des
händlichen Ausschusses: Scheuren 1 mit 76, Carl mit 75, Zand-
berger 1 mit 75, Böller mit 75, Schwandner mit 71 Stimmen.

Die Aufhebung der Kreisregierungen.

Staatsrat Dr. Dögelmaier würdigt die Aufhebung der
Kreisregierungen in einem längeren Aufsatz. Er weist darauf
hin, daß sie sich im Jahre 1924 ihrer Lebensdauer von 106
Jahren nähern können und daß sie ein jedes Leben hatten
angeht, daß die Kammer der Abgeordneten fünf-
mal ihre Aufhebung verlangte. Die Aufhebung der Kreis-
regierungen wurde im Laufe des vorigen Jahrhunderts immer
mehr ausgedehnt, namentlich mit Wagnahme der allgemeinen
Förderung von Landwirtschaft, Industrie und Handel wurde den
Kreisregierungen der beste Teil ihrer Tätigkeit, das was sie un-
mittelbar fruchtbringend, leistungsfähig und volkswirtschaftlich machen
konnte, entzogen. Die Hauptfrage war immer: die, auf wen ihre
Zuständigkeiten übertragen sollten. Jetzt besteht folgender Plan:
Es war nun immer, seitdem an die Aufhebung der Kreis-
regierungen gedacht wurde, die Hauptfrage die, auf wen ihre
Zuständigkeiten übertragen sollten. Sie ist es heute noch. Die
verschiedenen Möglichkeiten näher auszuführen, würde hier zu
weit führen. Jetzt ist der Plan folgender: Es soll möglichst viel
in die Zuständigkeit der Oberämter und Bezirksräte überwiegen
werden, nämlich all das, wovon im allgemeinen gesagt werden
kann, daß die Tragweite seiner Behandlung und Entscheidung
sich nicht über die örtliche Bedeutung hinaus erstreckt. Dierher
gehören 1. A. die Gegenstände im Gebiet der Sozialangelegen-
heit, des Polizeiwesens, namentlich der Gewerbe- und Wasser-
polizei, des Vereinswesens, des Auswanderungswesens, der
Pensionsverwaltung für Körperschaftszwecke usw. Von diesen
Gegenständen sollen wiederum alle diejenigen den Bezirksräten
vorbehalten bleiben, bei denen durch kollegiale Erörterung und
Beschlussefassung eine Förderung zu erwarten steht, wobei auch
die Frage in Betracht kommt, ob nicht die Mitgliederzahl der
Bezirksräte verringert werden sollte, um die Bezirksräte als
Verwaltungskörper recht geeignet zu machen. Ferner würden
an Stelle der bisherigen Verwaltungsgerichte erster Instanz
sämtlich die Oberämter im Weg des Verwaltungsbezirks tätig
werden. Gegen diesen Verwaltungsbezirk wäre der Rechts-
mittelweg an den Verwaltungsgerichtshof zulässig. Dagegen
würden nun die Gegenstände von einer größeren und weiter
reichenden Bedeutung dem Ministerium des Innern und zwar
diesem selbst zufallen, also ohne daß eine neue Mittelstufe
geschaffen würde. In diese Zuständigkeit des Ministeriums würde
insbesondere fallen die gesamte Tätigkeit als Aufsichtsinstanz
gegenüber großen und mittleren Städten, gegenüber Amts-
vorständen und Landammern, der Reichsgerichtsbesoldungs-
und Pensionsangelegenheiten, Rekurse nach § 20 und 21 der Ge-
werbeordnung, Beschwerden gegen oberamtliche Strafkennt-
nisse und Strafverfügungen.

In diesem Verteilungsplan kommen zwei leitende Gedanken

zum Ausdruck, nämlich der der Zentralisation der Verwaltung
und der einer Stärkung der Selbstverwaltung. Die Oberämter
sollen gestärkt werden als die tragenden Pfeiler der inneren
Verwaltung. Darum hängt diese Reform auch innerlich eng
zusammen mit der Forderung einer Ausdehnung der Bürgerge-
meinden und solcher anderer Kreise, die nach den heutigen Ver-
hältnisse nicht mehr entbehrt werden können. Beibehalten sollen die
Kreise von einer bestimmten Größe und Volkszahl mit wirt-
schaftlich bedeutenden Bezirken, die zugleich wirtschaftlich lei-
stungsfähige Selbstverwaltungsförderung umspannen; und die
Vorstandsstellen dieser Kreise sollen noch mehr als bisher als
besonders wichtige Posten der Verwaltung mit auserwählten
tüchtigen Männern besetzt werden, mit Männern, die hier ein
genügend weites Feld selbstständiger verantwortlicher Tätigkeit
finden, denen die unmittelbare Förderung lebenskräftiger Glie-
der des Landes anvertraut wird.

Schmerzlich und ohrenvoll wird dieser Abbau für die ver-
einten treuen Beamten, dann aber auch für die Kreisräte
Hm. Ludwigsburg, Reutlingen und Ulm sein, besonders
für letzteres. Aber die erstrebte weitreichende Vereinigung
der Verwaltung zusammen mit der zu ersiehenden bedeutenden
Ersparnis rechtfertigen heute diese Opfer.

„Der Reichstag zu praktischer Arbeit nicht mehr geeignet.“

München, 3. März. Nach der „Münchener Postzeitung“
erklärte Reichsminister Emminger auf dem Parteitag der Ba-
yerischen Volkspartei, die jüngsten Wahlen in Sachsen, Thüringen,
Hessen und Mecklenburg, sowie der Gang der Generaldebatte
des Reichstages habe ergeben, daß dieser vollständig unter dem
Einfluß stehende Reichstag auf längere Zeit zu praktischer
Arbeit nicht mehr geeignet sei und daß alle seine wichtigen
Entscheidungen unter der Aufsicht stehen, daß er den Wahl-
willen des Volkes nicht mehr wiedergebe.

Reichstagsler Dr. Marx gegen Ludendorff.

Berlin, 3. März. Im Reichstag fand gestern Abend eine
Verammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland
statt, in der Reichstagsler Dr. Marx und Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns sprachen. Der Reichstagsler bezeichnet es als ein
nationales Verhängnis, daß viele Kreise des Volkes dem neuen
Staate feilschaftlos und feindselig gegenüberstehen. Es sei ge-
wissenlos, die Mitarbeit am Staatswohl von der Staatsform
abhängig zu machen. Nach der Annahme der deutschen Verfas-
sung habe der neue Staat eine unbestreitbare Rechtsgrundlage
Wer diesen Staat durch Rache oder andere gewalttätige Hand-
lungen beseitigen wolle, sei ein Hochverräter. Zum Schluß
wies sich der Reichstagsler entschieden gegen die bekannten
Ausführungen Ludendorffs über die deutschen Katholiken, die
er als Verleumdung zurückweist. Auch der Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns wandte sich gegen Ludendorff. In seiner Juris-
diktur des Angriffs Ludendorffs auf Erzberger teilte Dr.
Brauns mit, daß im Herbst 1918, als in Berlin über die Frage
der Abhebung des Kaisers und die Abschaffung der Monarchie
verhandelt wurde, das Zentrum und insbesondere Erzberger
für das Verbleiben der Hohenzollern sich eingesetzt hätten.

Tumultuöser Verlauf des sozialdemokratischen Bezirkstages von Berlin.

Am Sonntag fand in Berlin der Bezirkstag der Sozial-
demokraten von Berlin und Teltow-Verderow statt, um die Auf-
stellung der Kandidaten für die Reichstagswahlen vorzunehmen.
Die radikale Richtung forderte als Spitzenkandidaten Crispian
und Julek, während die Richtung des Parteivorstandes, be-
ziehungsweise der Reichstagsfraktion Beermann und Edward
Bernstein als Spitzenkandidaten vorschlug. Crispian und Julek
wurden mit 260 gegen 220 Stimmen gewählt. Im Anschluß
hieran kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die damit
endeten, daß alle Kandidaten der eigentlichen Sozialdemokrati-
schen Partei, wie Beermann, Bernstein und andere ihre Kandi-
datur niederlegten. Vereinzelt soll bereits von einer ganz über-
wiegenden Spaltung gesprochen worden sein. Der Partei-
vorstand Wittmann, der zur Einigung mahnte, wurde nieder-
gedrückt. Zu neuen Zusammenstößen führte ein Antrag der
radikalen Gruppe, der Bezirkstag möge die Aufstellung Hatzes
als Spitzenkandidaten für Dannewer beanstanden. Nach ler-
nenden Kundgebungen und mehrfacher Abstimmung wurde der
Protest im Vorstand für angenommen erklärt.

Ausland.

Der Briefwechsel MacDonald-Poincaré.

Paris, 2. März. Der Brief, den MacDonald am 21. Fe-
bruar an Poincaré gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut: Der
freundschaftliche Charakter der Antwort, die Sie auf meinen
Brief vom 26. Januar gegeben haben, ermächtigt mich, den Ver-
such zu machen, eine neue Etappe in dem Ausklärungsdiens der
Schwierigkeiten zu versuchen, die in den Beziehungen unserer
beiden Länder entstanden sind. In dem gegenwärtigen Briefe
ist es mein Wunsch, diesem gegenseitigen vollkommenen Ein-
verständnis den Weg dadurch zu ebnen, daß rücksichtslos die
Schwierigkeiten untersucht werden, die mich erwarten, und die
Art und Weise ausgedrückt wird, wie ich die Lage auffasse. In
der Folge, in der wir uns befinden, will ich wieder in eine Dis-
kussion eintreten, noch bestimmte Vorschläge formulieren. Meine
Absicht ist einzig und allein, Ihnen klar vor Augen zu halten,
daß nach meiner Ansicht die Schwierigkeiten und Streitigkeiten
der Vergangenheit nicht absolut unüberwindlich gewesen sind, und
Sie der Bereitwilligkeit zu versichern, die ich in Zukunft zeigen
werde, um das ganze Problem in seinen großen Linien und
seinen wesentlichen Bestandteilen einer neuen Prüfung zu unter-
ziehen. In der ausgetauschten Korrespondenz haben wir viele
auf die Forderungen und das Gewicht der öffentlichen Meinung

in Frankreich hingewiesen. Ich habe mich selbst bemüht, nicht
allein die Auffassungen und Wünsche meiner Landsleute zum
Ausdruck zu bringen, sondern mir immer auch aus dem Geiste
der Sympathie heraus über den Stand der öffentlichen Meinung
Frankreichs klar zu werden.

In England ist das Empfinden weit verbreitet, daß Frank-
reich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags eine
Lage zu schaffen versucht, die ihm das verdrägen soll, was es
während der Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten
nicht habe durchführen können. Diejenigen unter meinen Land-
leuten, die diesen Eindruck haben, stehen auf dem Standpunkt,
daß das eine Politik ist, die nur die Ungewissheiten und Gefah-
ren einer Lage beseitigt, die man nicht Friedenszustand, son-
dern vielmehr Kriegszustand nennen müßte, und daß diese Poli-
tik schließlich alle Sicherheitsgarantien zunichte machen würde,
die Frankreich vorübergehend durchgesetzt hätte. Es hat in
Frankreich viele Kreise gegeben, die sich eingebildet haben, daß
die reiflose Uebergabe Deutschlands automatisch und für immer
von dieser Drohung befreit würde, die — darüber bin ich mir
völlig klar — tatsächlicher Art war. Gewisse Leute haben ge-
glaubt, daß die Grenzen Frankreichs bis zum Rhein ausgedehnt
werden müßten, wenn ihr Land eine unbedingte Sicherheit er-
stehen wolle. Diese Erwartungen sind enttäuscht worden. Anstelle
der Abgrenzung hat man ihnen nur eine solidarische Bürgschaft
Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika an-
geboten. Dadurch aber, daß Amerika sich abseits hielt, ist dieses
Angebot hinfallig geworden. Seitdem haben die Franzosen mit
einer Berechtigung verlangt, an die Stelle des Garantiever-
trages andere greifbare Garantien zu setzen.

Was die Reparationen anbelangt, so hat die Öffentlichkeit
in Frankreich eine weitere Enttäuschung erlebt. Weder die so
gut wie unbegründeten Hoffnungen, die der Sieg hat entstehen
lassen, noch die 1921 erfolgten Schätzungen spezifischer Art
sind tatsächlich in dem richtigen Verhältnis zu den wirtschaft-
lichen Zuständen, wie sie heute vorliegen.

Die Lage Englands ist eine ganz andere. Unsere Sicher-
heit zu Lande und zu Wasser ist vor Probenungen bewahrt, aber
unser Wirtschaftsleben ist in schwere Gefahr gebracht worden,
nicht dadurch, daß Deutschland außerstande war, Reparationen
zu zahlen, sondern durch den tiefergehenden und anhaltenden
Verfall der europäischen Märkte, dessen Hauptursache die stän-
dige Ungewissheit der Beziehungen zwischen Frankreich und
Deutschland ist, das wirtschaftliche Schicksal, das, wie die heftigen
Schwankungen des Wertes der deutschen Währung es bezeugen,
andauernd und schließlich die Ungewissheit, die sich in den Be-
ziehungen zwischen Frankreich und England eingestellt hat.
So ist es gekommen, daß die Bevölkerung unseres Landes mit
Besorgnis den von Frankreich gehaltenen Entschluß betrachtet,
Deutschland zugrunde zu richten und auf dem Festlande zu betri-
schen ohne Rücksicht auf unsere vernünftigen Interessen und
die künftigen Folgen, die sich daraus für die Regelung der euro-
päischen Angelegenheiten ergeben. So empfindet sie eine ge-
wisse Furcht vor der starken militärischen Leistung, die nicht
nur in Ost-, sondern auch in Westeuropa unterhalten wird.
So fühlt sie sich verunsichert durch das Interesse, das Ihre Re-
gierung für die militärische Organisation der neuen Staaten
Mitteleuropas bekundet, und so fragt sie sich schließlich, warum
alle diese Betätigungsformen die finanzielle Unterstützung der
französischen Regierung genießen ohne Rücksicht auf die Tatsache,
daß der britische Steuerzahler an 30 Millionen Pfund Sterling
aufzubringen hat, um die Zinsen der in Amerika aufgenommenen
Kleihen zu bezahlen, und daß unsere Steuerzahler außer-
dem große Summen opfern müssen, um die Zinsen für die fran-
zösische Schuld bei England zu bezahlen, während Frankreich
seinerseits, soweit der englische Steuerzahler steht, für diese
Schuld ein dem seinigem entsprechendes Opfer weder gebracht
noch vorgeschlagen hat. Volkswirtschaftliche Umwindungen dieser Art
sind, so irig sie auch sein mögen, Faktoren, die Sie ebenso wie
ich zu berücksichtigen genötigt sind. Nach meiner Ansicht ist es
dieser Stand der öffentlichen Meinung in den beiden Ländern,
der unsere Beziehungen in der Vergangenheit beeinträchtigt
und für unsere beiden Regierungen Kataklysmen gegeben haben, die
sich zu Streitigkeiten über die Symptome der Krankheit hin-
reichen zu lassen, ohne daß sie sich bemüht hätten, in voller
Arbeit und mit gesundem Menschenverstand nach den Ursachen
zu forschen. Das ist ein höchst ungeliebter Zustand, der mich
stark beschäftigt, und der, wie ich annehmen darf, auch Sie be-
unruhigt. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß wir, Sie und
ich, zusammen versuchen, diesen beiden Teilen der öffentlichen
Meinung, der französischen und der englischen, das Vertrauen
zu verschaffen, daß ihre Befürchtungen und ihre Empfindlich-
keiten auf dem Wege sind, grundlos zu werden. Indessen ist es
heute nicht meine Absicht, mich über Fragen zu verbreiten, wie
die des Rahmgebets, der Forderung der Rheinlande oder die
pölsische Frage. Ich sage lediglich, daß keiner von denen, die
die Obliegenheit haben, die öffentliche Meinung in England zu
beobachten, es sich gefallen kann, die Augen vor der dringenden
Notwendigkeit zu verschließen, in diesem Punkte unverzüglich
zu einer Regelung zu gelangen. Ich bin mir völlig klar über
dies, daß die Meinungsverschiedenheiten, die hinsichtlich dieser
Probleme zutage getreten sind, nur die Symptome eines wei-
terreichenden Mangels an gegenseitigem Vertrauen darstellen.
Ich sehe keine Möglichkeit für uns, über diese Fragen und zu
verhandeln, wenn es uns nicht zuerst gelingt, durch eine frei-
willige und mutige Auseinandersetzung eine Einmütigkeit hin-
sichtlich der wesentlichen Ziele zu erreichen im Verhältnis zu
denen, deren Probleme lediglich sekundäre Bedeutung haben.
Das Sicherheitsproblem ist nach meiner Ansicht keineswegs ein
rein französisches Problem. Es ist vielmehr ein europäisches,
das in gleicher Weise England, Deutschland, Polen, die Tscheko-
slowakei, Ungarn, Südslawien, Rußland, Rumänien, Italien
und Griechenland interessiert. Unsere Aufgabe muß darin be-

er,
öcke,
er-
ir empfehlen
unserem Lager
Neuenbürg in der
Sonne" folgende
ttermittel
Gerste,
Mais,
ng und gemahlen,
vorzügliches
ttermehl 5,
Nachmehl.
ert & Schmidt.
treten durch
gen Mahler,
Neuenbürg.
Arnbach.
Eine gute
Fahr-
Ruh,
end, steht dem Verkauf
Christian Hermann.
Hohenhausen.
gute
und
uh,
4. Kalb, hat zu ver-
Roth, Witme.
Bingweiler.
Läufer-
Schwein
10 Pfund), auch zur
eignet, verkauft
Berwed.
sierklagen
gratis
ch, um eine neue für
höchst wichtige
schnell bekannt zu machen,
n, der mir seine Adresse
Spezialhaus
Inns Jarko,
Stettin 754.
arlehen
öhe von 1000 Gold-
ermittelt prompt und
Eugen Mahler,
Neuenbürg.

haben, das Vertrauen wieder herzustellen. Die Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn der Regimont und die internationalen Gefühle der Bevölkerung, die sich zur Stunde kundtun, deutlich begriffen und zerstreut werden. Es dieses Ziel teilweise durch Maßnahmen der Entmilitarisierung, sowie durch Schaffung von neutralisierten Gebietszonen zwischen gewissen Ländern, Gebietsstreifen, die unter eine gegenseitige oder sogar kollektive Überwachung und Garantie gestellt werden, erreicht werden kann, oder durch ein anderes Mittel, ist eine Frage, die sorgfältig und im einzelnen studiert werden muß. Ich glaube, daß auch der Völkerverbund bei dieser Angelegenheit durch Erörterung der Probleme und auch durch die Tat eine entscheidende Rolle spielen kann. Es handelt sich hier um eine Politik, zu deren Gelingen die Zustimmung und der gute Wille sämtlicher Länder Europas erlangt werden müßte. Diese Politik kann nur unternommen werden, wenn Frankreich und England sich verständigt haben.

In ähnlicher Weise wünscht das französische Volk die Reparationen zu erlangen. Darunter versteht es zumal Zahlungen, die Deutschland für die auf französischem Boden angerichteten Schäden zu leisten hat. Auch das britische Volk wünscht lebhaft, daß die Verwüstungen des Krieges wieder gutgemacht werden. Während aber diese Verwüstungen in zerstörten Abhängen, verminteter Kaufkraft, Verringerung der Tonnage und Nachlassen des Außenhandels zum Ausdruck kommen, ist es vielleicht schwieriger, sich unsere verwüsteten Gegenden unter einer angestrebten und bestimmten Form vorzustellen. Bevor Sie in diesen die Probleme behandeln, müssen wir zuvor die Verichte der Sachverständigen abwarten. Ich habe die Hoffnung, daß sie zur Annäherung unserer beiden Länder beitragen werden. Ich wiederhole, mein lieber Ministerpräsident, die Situation Europas kann nur geregelt werden, — und das ist meine feste Überzeugung — wenn Frankreich und England in völliger Sympathie gegenüber den gegenseitigen Bedürfnissen und unter Berücksichtigung der Interessen der Welt eine gemeinsame Aktion unternehmen. Ich bin völlig bereit, bei diesem Werke der Zusammenarbeit mitzumachen.

Boincares Antwort.

Ich will Ihnen die Versicherung geben, daß ich bereit bin, mit Ihnen die Prüfung der großen Probleme anzuschneiden, die noch in der Schwebe sind, und ich werde hierbei den Geist des Entgegenkommens und der Loyalität mitbringen, der Sie befeuert. Sie haben recht, zu sagen, daß sich die öffentliche Meinung in unseren beiden Ländern auf verschiedene Standpunkte gespalten hat. Aber bei einem gegenseitigen guten Willen können wir dazu gelangen, dieses bedauerliche Mißverständnis zu beseitigen. Frankreich ist seit dem Frieden von zwei berechtigten Sorgen erfüllt: Es will die Herstellung seiner materiellen Schäden und die endgültige Wiederherstellung seiner Sicherheit. Großbritannien andererseits, dessen Wirtschaftsleben durch den Krieg schwer gefährdet wurde, wünscht vor allen Dingen die Wiederherstellung der europäischen Märkte, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit und die Stabilität der internationalen Beziehungen. Die Interessen und die Wünsche unserer beiden Länder sind nicht unvereinbar, sondern stehen vollkommen im Einklang und können nur durch die gleichen Mittel befriedigt werden. Diejenigen Ihrer Landleute, die da glauben, daß Frankreich an die politische oder wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands denkt oder gedacht hat, täuschen sich. Als gläubiger Deutscher wird Frankreich doch nicht die Torheit begehen, seinen Schuldner zum Grundverächter zu machen. Es ist selbst daran interessiert, daß Deutschland arbeitet, produziert und sich erhebt. Kein vernünftiger Franzose hat jemals daran gedacht, eine Barriere deutschen Bodens zu annektieren (in Barriere denke man sich: aber bis an den Rhein ist französischer Boden!), noch einen Deutschen zu einem französischen Bürger zu machen. Das Frankreich, das sich an der Seite Englands für die Freiheit der Völker eingesetzt hat, ist ebenso unfähig wie England, die Freiheit zu beeinträchtigen. Abgesehen von diesen Vorbehalten haben wir niemals den Rhein als Grenze verlangt. Wir haben nur gefordert, daß Deutschland nicht mehr imstande sei, sich des Rheins als militärische Basis bei einem neuen Angriff gegen Frankreich zu bedienen. Wir haben verlangt, daß im Interesse eines allgemeinen Friedens der Fluß eine Barriere gegen solche Angriffe bilde. Das war der Gedanke, den Marshall noch nach dem Waffenstillstand zum Ausdruck gebracht hat. Weder der Oberkommandierende der alliierten Heere, noch die französische Regierung, haben 1919 einen einzigen Augenblick den Gedanken gehabt, einen Quadratkilometer deutschen Bodens dem französischen Gebiet einzuverleiben. Was mich betrifft, der ich damals Präsident der Republik war, so habe ich meine Meinung Großbritannien und Lloyd George gegenüber durch einen Brief vom 22. April 1919 erneuert. Ich würde es für unklug gehalten haben, die Befestigung des linken Rheinuferes solange auszuweiten, bis der Friedensvertrag vollkommen ausgeführt ist. Ich war der Ansicht, daß das sicherste Mittel wäre, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bringen. Es hätte die gleiche Methode nach 1871 selbst zur Anwendung gebracht. Aber in diesem Augenblick war ich wie heute — das muß wohl verstanden sein — jeder Annexion abhold. Welche Enttäuschungen, die Sie die Güte hatten, nicht in Zweifel zu ziehen, auch Frankreich erduldet haben mag, es hat niemals außerhalb dessen, was ihm der Friedensvertrag zurechnet, irgend etwas gesucht. Wenn dieser Vertrag ausgeführt worden wäre, so hätte es sich niemals beklagt. Am Tage des Sieges hat es keine unbegrenzten Hoffnungen gehabt. Es hat nicht auf unmögliche Zahlungen gehofft. Es hat einfach gehofft, daß man ihm das zahle, was man ihm schulde. Es hat einfach auf den Reichtum von den gegebenen Unterschriften geglaubt. Unter den irtümlichen Auffassungen, die ein Teil der öffentlichen Meinung sich zu eigen gemacht hat, ist diejenige mir am unverständlichsten erschienen, die sich auf unsere militärischen Rüstungen bezieht. Gibt es wirklich Engländer, die annehmen können, daß Frankreich brudermörderliche Vorbereitungen gegen Sie unternommen könnte? Unsere militärischen und Luftanstaltungen sind einzig und allein dazu bestimmt, uns gegen die Veruche deutscher Rebellen zu verteidigen. Unsere Politik gegenüber den Staaten der kleinen Entente hat immer den gleichen freundschaftlichen Charakter gehabt. Bis zu dem Augenblick, an dem es ermöglicht ist, wirksamere Garantien für die Aufrechterhaltung des Friedens zu schaffen, müssen wir uns bemühen, den Kontakt mit allen Nationen aufrecht zu erhalten, die ein Interesse an der lokalen Erfüllung der Verträge haben, die das neue Statut Europas ausmachen. Indem wir den alliierten Staaten Mitteleuropas die nötigen Mittel zu ihrer Verteidigung geben, haben wir übrigens nichts getan, was sie hindern könnte, ihre eigenen Schäden zu bezahlen. Die Vorläufe, die wir geleistet haben, sind übrigens nur gegen Sicherheitsfragen erfolgt. Wir haben das Ruhrgebiet besetzt, um Deutschland dazu zu veranlassen, daß es seine Schuld gegenüber Frankreich begleicht, und um den hartnäckigen Widerstand der Magnaten der deutschen Industrie zu überwinden. Dieses Druckmittel wird außer Tätigkeit treten, sobald Deutschland sich seiner Verpflichtungen entledigt hat. Ferner wird auch die Befestigung der Rheinlande ein Ende haben, wenn die vom Friedensvertrag aufgestellten Bedingungen erfüllt sind und unsere Sicherheit garantiert ist. Die Sachverständigen werden sehr bald ihren Bericht einbringen. Dann können wir rasch zu einer Gesamtregelung gelangen und durchsehen, daß Deutschland sie zur Ausführung bringt.

Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir erklärten, Sie betrachteten die Frage der alliierten Schulden als zusammenhängend mit der Entschädigungsfrage. Es ist unendlich rühmend, daß sie zu gleicher Zeit geregelt werden können. Die Regierung der französischen Republik hat wie das englische Kabinett die feste Absicht, den Völkerverbund zu stärken und seine Aufgabe auszufüllen. Ich kann mir ebensowenig wie Sie eine Trennung Frankreichs und Englands von einander oder ein gleichgültiges Verhalten eines gegenüber dem anderen Lande vorstellen. Wir sind es der Zivilisation schuldig, einzig zu bleiben. Da unsere beiden Regierungen sich dieser Pflicht bewußt sind, ist es nicht denkbar, daß wir uns nicht verständigen, um sie erfüllen zu können.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Reutenburg, 2. März. Der Einladung zur 11. ordentlichen Mitgliederversammlung der Kraftwagen-Gesellschaft Reutenburg-Verrenalb-Wildbad auf Sonntag im Hotel „Sonne“ in Verrenalb hatte eine stattliche Zahl von Mitgliedern aus dem ganzen Bezirk Folge geleistet. Der Vorsitzende des Ausschusses, Oberamtsplacier Kähler gab nach kurzen Begrüßungsworten einen Bericht über das verlossene Jahr, das er als ein Fehljahr mit einer Menge Arbeit ohne Nutzen bezeichnet. Entgegen früheren Jahren, wo man in der Regel soviel zurücklegen konnte, um einen Ersatzwagen anzuschaffen und den Betrieb zu verbessern, habe man heute mit leeren Händen da, die Folge des Währungszerfalls und der unvorhergesehenen grenzenlosen Geldentwertung. Auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet erlebten wir Enttäuschungen, die fortschreitende Geldentwertung brachte die deutsche Wirtschaft in eine sehr kritische Lage. Als dann gegen Jahresende die Einführung der Rentenmark gelang, zeigte sich so recht die völlige Bekarmung jedes einzelnen, wie der verschiedenen Genossenschaften. Die Kraftwagen-Gesellschaft kam infolgedessen mit einem blauen Auge davon, als sie, wenn auch mit einem Fehljahr gerechnet werden muß, wenigstens die Substanz retten konnte. Die Arbeit des Jahres war völlig unisoni, man wäre weiter gekommen, hätte man die Hände in den Schoß gelegt. Aber man dürfe sich nicht auf einen solchen Standpunkt stellen, sondern müsse mit der Zeit gehen, und wenn wir auch nicht ganz zufrieden mit dem Rechnungsergebnis sind, müssen wir uns trösten mit anderen Unternehmen, welche die gleiche bittere Erfahrung machten. Er stellte fest, daß die Frequenz im Betrieb der Gesellschaft infolge der Geldentwertung erheblich nachließ und dazu führte, daß wir schon im Oktober daran denken mußten, den Betrieb wenigstens in den Wintermonaten einzustellen. Von Betriebsstörungen und Unfällen blieben wir verschont. Erfreulicherweise könne er mitteilen, daß der Betrieb auf der Strecke Reutenburg-Verrenalb seit Jahresbeginn wieder aufgenommen sei und auch auf der Strecke Wildbad-Engelsdorf werde dies nach Eintritt besseren Wetters der Fall sein. Geschäftsführer Martin Lutz trug die Eröffnungsbilanz auf 1. Januar 1924 vor, welche den Mitgliedern zugestellt war, und erläuterte die einzelnen Posten. Er zeigte durch eine Statistik den Betriebsergebnis im Jahr 1923 gegenüber dem Vorjahr. Trotzdem konnte das Personal beschäftigt werden; die Wagen wurden gründlich durchgeputzt, die Beheizung des Personals wurde durch Einbau von Heizkörpern und Sonderarbeitenbetrieb ermöglicht. Somit war in der Kasse über, und zur Zeit infolge der Beschaffung von Betriebsmitteln sind Schulden zu verzeichnen, die reichlich abgetragen werden müssen. Der Vorsitzende dankte dem Berichterstatter und den übrigen Geschäftsführern für ihre Tätigkeit, die im vergangenen Jahr eine viel schwieriger war als in sonstigen Jahren. Er stellte fest, daß die vorgelegte Eröffnungsbilanz den tatsächlichen Verhältnissen entspreche. Der Ausschuss sei der Ansicht, daß das alte Stammkapital, welches in Höhe von 1.000 Mark feinerzeit in Goldmark einbezahlt wurde, als Goldmark anerkannt werden soll, während die 1922 einbezahlten 5000 Mark in zum Teil schon entwertetem Geld mit 20 Prozent des Nennwertes anerkannt werden sollen. Wer also beispielsweise 500 Mark altes und 500 Mark neues Stammkapital einbezahlt hat, bekommt 500 plus 100 gleich 600 Mark in Goldmark gutgeschrieben. In der Aussprache erklärte R. v. Verrenalb sich mit den Vorläufen des Ausschusses einverstanden. Der Vorsitzende stellte hierauf den Antrag auf Genehmigung der Eröffnungsbilanz und Entlastung der Geschäftsführer und des Ausschusses, welchem Antrag stattgegeben wurde. Die Beratung einer Dividende ist nicht möglich, dagegen soll den Mitgliedern eine Preisliste event. mit Franz anseherhalb der Betriebsmonate Mai bis September gestattet sein, event. auch eine gemeinsame Fahrt sofern sich Mitglieder eines oder mehrerer Klubs hierauf einigen. Der infolge der Restfestsetzung des Betriebskapitals von 140.000 auf 84.000 Mark notwendigen Zahlungserhöhung wurde zugestimmt. Die ab 1. Januar 1925 gefaßten neuen Anteilseiner sollen zur Wahrung an Geschäftsführer Lutz in Höhe einbezahlt werden. Die sachgemäß ausfindenden Ausschussmitglieder Kaiser, Reutenburg, Grub, Verrenalb, Dr. Meyer, Höfen, Hermann, Solmer, Reutenburg und Rieser, Wildbad wurden wiedergewählt. Unter Sonstiges kam u. a. die Ergänzung des Wagenmaterials zur Sprache. Ausschussrat und Geschäftsführung wurde die Vollmacht erteilt, gelegentlich eine Ergänzung des Wagenmaterials vorzunehmen. Nach einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die Versammlung unter Dankensworten für die bewiesene Aufmerksamkeit und mit dem Wunsch, daß der neue Betrieb eine günstige Weiterentwicklung zeige, zumal die Fahrpreise auf Goldmark eingestellt, gegenüber den Papiermarkenpreisen bescheiden zu nennen seien. Stadtschultheß Knodel-Reutenburg nahm nach Veranlassung, Ausschussrat und Geschäftsführung den Dank der Versammlung für ihre umsichtige Tätigkeit auszusprechen; auch dem Personal gebührte Anerkennung für seine gewissenhaftigkeit in Ausübung seines Dienstes.

Reutenburg, 3. März. Der Benymonat März, der 31 Tage umfaßt, hat seinen Namen von Mars, dem Gott des Krieges. Am 21. März tritt die Sonne in das Zeichen des Widder und der Augenblick ist gekommen, wo Tag und Nacht gleich lang sind. Der Frühling hält seinen Einzug. Kästchen haben die Schneeglöckchen ihre weißen Häubchen zum Vorschein emporgestreckt. Ananas und Sella blühen in den Gärten, während auf der Wiese Gelbsterne und Buschwindröschen sehen und im Walde das amukliche Hebertaun seine kleinen roten Kugelnsoßen entfalt. Somit aber ist es noch ziemlich kalt ringum. Nur einzelne Sträucher, wie Hollunder, Stachelbeere, fangen an, sich zu beleben. Wenige Tage noch, dann blühen Weiden und Himmlschlüssel in Rülle, die Weiden grünen und aus den Büschen schallt es: Alle Vögel sind schon da! — Der Landmann wünscht sich einen trockenen März und lieber sieht er grüne Oßern als grüne Weiden. Märzschnee tut Aedern und Feldern weh. Die Frühlingstürme brausen in diesen Tagen oft mächtig durch das Land, als wollten sie die letzten Spuren des grauen Winters hinwegblasen. — Der Landmann nimmt den Flug zur Hand und ist das Sommergetreide, Märzfrucht oder Märzgerannt.

Reutenburg, 4. März. In verschiedenen Kreisen erregte der Schlußsatz unserer letzten Wochenrückschau bezügl. Ludendorff eine gewisse Verärgerung. Inlesem Mitarbeiter ist tat-

sächlich eine Entgleisung passiert, und im Drange der Geschäfte angeht die umfangreichen Stoffandränge Hitlerprophet, Landesparlamentarier, Reichstag u. a.) entging und das Volk unserer Verantwortlichkeit bewußt, haben wir nicht an im Hinblick auf die Verdienste, welche sich Ludendorff um das Vaterland durch seine Taten im Weltkrieg erworben, unter Bedauern über diesen Schlußsatz auszusprechen. Eines aber wollen wir bei dieser Gelegenheit doch zum Ausdruck bringen, und darin werden uns wohl alle unsere Väter bestimmen: Ludendorff, der geniale und erfolgreiche Strategie im Weltkrieg, der treue Mitarbeiter Ludendorff, hat bitter enttäuscht durch seine Beteiligung am Hitlerputsch. Darum nahm er sich nicht seinen großen Meister Hindenburg als Vorbild, der jederzeit taftvoll und klug sich der politischen Lage anzupassen versteht? Gerade in den letzten Tagen zeigte sich das Verantwortungsgesühl Hindenburgs, als er auf eine an ihn ergrangene Aufforderung, zu verhindern, daß der Putsch gegen Ludendorff stattfinden, antwortete, bei ruhiger Überlegung müsse man sich sagen, daß in einem Staatswesen ein Eingriff in die Rechtswelt unmöglich sei. Der Satz: Sage mir, mit wem du umgehst, so sage ich dir, wer da bist, gilt auch hier. Schriftl.

Wirkfeld, 2. März. Gestern Abend war eine Versammlung der Mitglieder der Filiale Wirkenfeld vom Bezirks-Konsum-Verein. Das Ausschussmitglied Paul Avmar führte den Vorsitz. Nach Begrüßung der Versammlung erteilte er dem Vereinsleiter Frey-Kreuznach das Wort. Dieser trug sodann das Wichtigste aus dem Rechenschafts- und Kostenbericht des abgelaufenen Geschäftsjahres vor. Da ja die Ausführungen hierüber in dem Bericht der Generalversammlung des Bezirks-Konsumvereins im Oststättler bekannt gegeben wurden, so erübrigt es sich, an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Nur auf einem Punkt möchte wir hinweisen. Im Interesse des Konsumvereins liegt es, daß dem Verein möglichst viel flüssiges Geld zur Verfügung steht. Für diesen Zweck sollen die Mitglieder nicht bloß darauf bedacht sein, daß sie den festgelegten Geschäftsanteil so bald wie möglich bezahlen, sondern daß sie insbesondere die beim Verein eingerichtete Sparkasse fleißig benutzen. Wir sind ein armes Volk geworden und müssen alle wieder vorne anfangen. Trum wurde die Preisnachlasskarte eingeführt. Der Redner empfiehlt eindringlich, jeden übrigen Fleißung oder jedes übrige 10-Bq.-Stück in den Laden zu tragen, um damit eine Sparmarke zu erwerben. Der zweite Redner, Paul Kymar, bedauert, daß unsere Ziele nicht den Auffassung genommen hat, den man von ihr erwartete. Ohne Verschleierung hat er die Gründe des Rückgangs des Geschäfts angeführt und als Hauptgrund bezeichnet, daß es sehr oft vorkam, daß man die notwendigen Bedarfsartikel nicht erhalten konnte. Da war aber die Verwaltung nicht schuldig, sondern die ungünstigen Zeitumstände, vor allem die Geldentwertung. Nachdem jetzt wieder stabilere Verhältnisse eingetreten sind, werden solche Zustände nicht mehr vorkommen und können die Mitglieder wieder voll und ganz befriedigt werden. Auch die Rabattmarken werden von Jahr ab wieder ausgegeben. Oberlehrer Frey sucht die Gründe im Rückgang des Geschäfts in den verhältnismäßig hohen Preisen, die bei vielen Verkaufsgeschäften angelegt waren. Die Folge davon sei gewesen, daß die Mitglieder dem Konsumverein den Rücken gekehrt und ihren Bedarf in den Konkurrenzgeschäften geholt haben, wo sie die Waren billiger erzielten. So habe der Konsumverein für die Mitglieder den Vorteil gehabt, daß sie bei den Konsum- und Lager billiger einkauften als beim Konsumverein. Wenn der Konsumverein nicht mindestens so billig verkaufe wie die Konkurrenzgeschäfte, so wird er nicht zur Blüte kommen. Nun freut sich aber der Redner, aus dem Munde eines Ausschussmitgliedes zu hören, und auch aus dem Angehörigen der Zeitung konnte man es lesen, daß die neu angelegten Preise jegliche Konkurrenz bestehen können. Gemeinderat Roth freut sich, daß die letzte Generalversammlung in der Verwaltung Remedur geschaffen hat und hofft, daß die ungunigen Verhältnisse, über die so viel Klage erhoben wurde, endgültig beseitigt sind. Nachdem noch verschiedene Redner zum Wort gekommen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Württemberg.

Rottburg, 3. März. (Der Postenbrief.) Der diesjährige Postenbrief des Bischofs von Rottburg handelt von der Rücksicht als dem Markt und dem Herzblut des christlichen Lebens. Eine Geschichtsbildung, so heißt es in dem Briefe u. a., die bei der Wahrheit bleibt, wird aus dieser Zeit nichts wahrhaft Großes und Rühmliches zu vermelden haben, als die Großtaten der lebenden, duhenden, bestenden, opfernden Gottes- und Nächstenliebe. Die Liebe allein hat in dieser schlimmen Zeit die Ehre der Menschheit gerettet. Sie war die einzige Stromkraft, die den Krieg aufgenommen hat gegen einen im Keim faulenden Frieden, die aufrichtig dem wahren Frieden und der wirklichen Befriedigung der Völker vorgearbeitet hat. Der Brief enthält auch vor ungeheurer Wunderkraft und trichter Leuchtbarkeit gegenüber jedem Gerede von außerordentlichen Erscheinungen, von Visionen und Prophezeiungen.

Walden, 3. März. (Jagdbericht.) Bei der auf 6 Jahre vorgenommenen öffentlichen Versteigerung der Gemeindegeld, umfassend 730 Hektar Feld und 140 Hektar Wald, wurde ein Jahrespachtgeld von 3500 Goldmark erzielt gegen 2400 vor dem Krieg.

Walden, 3. März. (Keine Ausrückung des Oberamts.) Wie wir erfahren, soll demnach in der Folge der Vordrängung einiger Gemeinden vom Bezirk Württemberg und deren Zuteilung zum Oberamt Walden weitere Schritte unternommen werden. Die Gefahr der Ausrückung des Oberamts Walden kann als beseitigt betrachtet werden.

Walden, 3. März. (Eingegangenes Rebwild.) Dem lang andauernden Winter und getrockneten tiefen Schnee hat heuer die Rebe, hauptsächlich auf dem linken Feld, um Opfer gefallen. Die Rebe hat nämlich in den hart gefrorenen Schnee eingetrochen, haben sich hierbei die Rüsse verliert, wobei sich Wundflecken eingestellt; die Tiere sind daran und infolge der schlechten Nahrung zugrunde gegangen. Viele verendete Rebe wurden auf dem linken Feld aufgefunden und mittels Wagen in die Tiermehlfabrik Süssen verbracht. Der Jagdberechtigte hat einen bestehenden Schaden erlitten.

Baden.

Karlruhe, 1. März. Am Freitag erlitten die verbeirateten Bräutigam Franz Stieber und Jakob Feldmann, beide wohnhaft in Wörth a. Rh., auf der Wagnauer Schiffstraße (Wälder Seite) dadurch einen Unfall, daß ein gefülltes Weinglas beim Rollen explodierte, wobei am Stieber das rechte Bein am Kniegelenk abgerissen wurde, während Feldmann einen Unterschenkelbruch davontrug. Stieber ist am 1. März im hiesigen Krankenhaus gestorben. Feldmann wurde ebenfalls im hiesigen Krankenhaus untergebracht.

Freiburg, 1. März. Vor einem Jahr, am 26. Februar 1923, wurde Dr. Karl Winter in Steinen bei Lorch von dem sozialdemokratischen Gemeinderat Rudiger durch Wehrkräfte in den Unterleib gestößt, als er von einer württembergischen Versammlung beurlaubt wurde. Rudiger wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Trotzdem er schon vorher wegen Landfriedensbruchs zu drei Monaten verurteilt worden war, befindet er sich heute noch

auf freiem Fuße und meinderat entbunden nun ein sozialdemokratisches Mitglied des Württembergischen Landtags, der Arbeiterkammer war dem roten Lorch bei Seite zu setzen. Rudiger zusammen im Gefängnis.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

Stuttgart, 1. März. (Am Freitag.) In der Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging. Am Freitag Nacht um 10 Uhr brach ein Feuer aus, das die hiesigen Mannen um 7 Uhr fülligen der ihnen beschafften Maschine ging.

der Presse Stellung genommen. Angeklagter Hauptmann a. D. Röhm erklärt dabei, er habe in vollem Bewusstsein der Tragweite gegen einzelne Offiziere der Reichswehr schwere Vorwürfe erhoben. In einem abweichenden Urteil über Unteroffiziere und Mannschaften habe für ihn keine Veranlassung vorgelegen. — Justizrat Kohl teilt zunächst die Vorschriften der alten königlich bayerischen Armee über den Waffengebrauch mit. Danach sei in erster Linie von der blanken Waffe Gebrauch zu machen und erst, wenn sich diese als unzulänglich erweise, zur Schusswaffe überzugehen. Diese Vorschrift sei im vorliegenden Falle aber nicht angewendet worden. Man müßte gewußt haben, daß der Zug keinen Angriff beabsichtige, und es bestreite kein Zweifel, daß das Blutvergießen am Odeonplatz auf das Konto der Herren Kahr, Löffow und Seißer falle. Man sei der Ansicht, daß die Staatsanwaltschaft die jetzige Verabstaltung dieser Herren veranlassen müßte. Der Verteidiger macht sich ferner darauf aufmerksam, daß er die Bezeichnung des Gesamtministeriums Anklage und des Abg. Dr. Veld beantragen müsse. Das Ministerium Anklage solle darüber veranlassen werden, daß Herr von Kahr auf normale oder anormale Weise die Errichtung einer Diktatur geplant habe. — Hierzu erklärt der Berichterstatter, daß die Verabschiedung über den Beweisantrag einstweilen zurückgestellt werde, bis die nächsten schriftlichen Unterlagen zur Verfügung vorliegen. — Der erste Staatsanwalt bemerkt dazu, daß ein Anhaltspunkt für ein freizeitlebendes Verschulden der Herren von Kahr, Löffow und Seißer an dem Blutvergießen sich nicht ergeben habe. — Hierauf nimmt der Verteidiger Ausgehörne zu einer Erklärung Dr. Veitms in den „Münchener Nachrichten“ Stellung und stellt hierin eine gefälschte Induktion. — Rechtsanwält Dr. Gademann erklärt es dürfte wohl niemand daran zweifeln, daß die Angeklagten Wort für Wort die Wahrheit gesprochen haben. Er werde, sobald die Kronzeugen gesprochen haben, Material genug vorbringen, das die geheime Propaganda, die von der Gegenseite getrieben werde, beweise.

Sodann wird in die Vernehmung des Leutnants der Infanterieschule Robert Wagner eingetreten. Der Angeklagte schildert zunächst seine Begegnung am 2. November 1923 mit dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert, einem Reffen des derzeitigen Reichspräsidenten. Dieser Reichspräsident habe systematisch die Reichswehr zur Wehrerei aufgehetzt. Ebert habe ihm erklärt, daß man dem Gehorsam verweigern werde, da die Revolution bevorstehe. Auf Befragen Wagners, woher er das wisse,

erklärte ihm Ebert, er wisse das von seinem Onkel, dem heutigen Reichspräsidenten. Seine Erfahrungen ließen Wagner die rote Gefahr für unser Volk rechtzeitig klar erkennen und er habe die Rettung nur in einem unerbittlichen Kampf für die nationale Sache gesehen. Ende September wurde er zur Infanterieschule kommandiert. Die Reichswehr habe die nationale Erhebung von Bayern erwartet und darum haben wir im Norden auf die bayerische Reichswehr immer mit einem gewissen Neid. Mitte Oktober 1923 nahm ein großer Teil der Infanterieschüler an der Reichsbaufeier im Löwenbräu Keller teil. Dabei sei darauf hingewiesen worden, daß Löffow angeordnet habe, die Dittler-Versammlungen zu besuchen. Oberleutnant Leopold habe angeordnet, die politischen Versammlungen zu besuchen. Der Kommandeur der Infanterieschule habe die bayerischen Angehörigen entlassen bzw. beurlaubt, die sich zum Teil zu ihren Truppenteilen begaben und sich auf Löffow verpflichten ließen. Die Infanterieschule jubelte der Tat Löffows zu. Wir wären uns als Kumben vorgekommen, wenn wir uns gegen die beginnende nationale Bewegung gestellt hätten. Der Kommandeur der Infanterieschule fuhr nach Berlin und nach seiner Rückkehr ward die Infanterieschule nicht aufgelöst, was unbedingt hätte eintreten müssen. Die Infanterieschule drängte sich dazu, politisch aufgestellt zu werden. Deshalb haben wir auch Ehrhardt gebeten, vor der Kriegsschule zu sprechen. Ehrhardt sagte, daß Kahr nach Berlin marschiere und daß Kahr bedauere, daß Dittler und seine Anhänger beiseite stehen. Es bestand für uns kein Zweifel, daß der nationalen Bewegung in Bayern ein Marsch nach Berlin folgen werde. General Ludendorff sprach zu einer Abordnung der Infanterieschule über die Ziele der völkischen Bewegung. Von irgendwelcher Beeinflussung auf die Schüler im Sinne der völkischen Bewegung oder gar im Sinne des Angehörigen den Vorgesetzten gegenüber könne keine Rede sein. Anfangs November 1923 war die Infanterieschule unruhig geworden, weil auf die Tat Löffows nichts erfolgte. Löffow beauftragte dann Leopold, ihm einen schriftlichen Befehl vorzulegen, wonach der Tag der Wiedererrichtung der schwarzen-weißen Kokarde bald bevorstehe. Der Angeklagte betonte, daß Löffow diesen Befehl hinter dem Rücken des Kommandeurs, Generalis Tischowitsch, gegeben habe. In der Parade am 4. November, die einer Totengedenkstunde vor dem Armee-Museum folgte, erblühten wir die letzte große Zeremonie des Oberals von Löffow vor der Tat. — Der Staatsanwalt beantragte, für die weiteren Ausführungen die Öffentlichkeit auszuschließen, da

diese Schilderungen mit der Reichswehr zusammenhängen. Das Gericht beschloß, die Öffentlichkeit bei der Verhandlung wegen Gefährdung der Staatsinteressen auszuschließen. — Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde in der Vernehmung des Angeklagten Wagner fortgefahren. Entgegen der Darstellung der Anklageschrift habe er das geplante Unternehmen nicht gekannt und habe auch mit den übrigen Beschuldigten keine gemeinsame Sache machen können. Mit Ausnahme Ludendorffs habe er keinen der Angeklagten persönlich gekannt. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Wagner, die Überzeugung gewonnen zu haben, daß Kahr und Löffow hinter der Sache stehen. Er wollte auch keine Änderung der Verfassung, sondern nur Entfernung nichtliebender Personen. Weiter gibt der Angeklagte zu, den Zug durch die Stadt mit angeladenen Gewehren mitzugehen zu haben. Es war unbedingt die Auffassung seiner Anhänger, daß, wenn Kahr und Löffow dieses abgekartete Spiel durchführten, damit eine legale Handlung begangen würde. Auf Befragen verschiedener Verteidiger erklärt dann Wagner zusammenfassend, daß die Stammschüler der Infanterieschule bei dem Marsch zum Bürgerbräu Keller mit ihren Waffen dabei waren. Jedem ein Befehl, abzurücken oder dazubleiben, sei von einem Vorgesetzten nicht gegeben worden. Was die Beteiligung des Oberleutnants Bernet betrifft, so ergibt sich aus der Erklärung Wagners, daß Bernet lediglich an Wagner den Befehl überbrachte, daß Wagner in die Schellingstraße kommen solle. Wagner sei nicht bekannt, daß Bernet irgendwie den Vermittler zwischen dem Kampfband und der Infanterieschule gemacht habe. Ein Teil der Infanterieschüler habe sich aber losgelöst und sei nicht mitgegangen auf Grund des Gerichts, daß General von Löffow und die 7. Division nicht die Träger der Bewegung seien. Die Verhandlung wird darauf geschlossen. Nach Mitteilung des Vorsitzenden wird in der Nachmittags-Sitzung mit der Vernehmung des Oberleutnants Bernet begonnen.

Versäumte Abonnements auf den „Enztäler“

Können bei allen Postanstalten, Agenturen, sowie bei der Geschäftsstelle des „Enztäler“ nachgeholt werden. Erschienene Nummern werden, soweit vorrätig, nachgeliefert.

Oberamtstadt Neuenbürg.
Viehseuchen-Umlage.
Die Viehbesitzer werden auf den Anschlag am Rathaus hingewiesen.
Steuerratschreibererei.
Schwann.

Obstbäume
in Hoch- und Halbhämmen,
Sobannis- und Stachelbeer-Sträucher, Himbeer-Sträucher, Stamm-, Hochstamm- und Buschrosen
in schöner Ware empfiehlt billigst
Carl Guntner,
Handelsgärtner, Baumschulen und Samenhandlung.

500 Goldmark
gegen gute Sicherheit auf Landwirtschaft aufzunehmen gesucht.
Angebote unter Nr. 36 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

Conwiler.
Eine noch gut erhaltene
Futter-Schneid-Maschine
hat zu verkaufen
Ludwig Wild.

Calmbach.
Verkaufe meinen 2-jährigen braunfarbigen
Truthahn.

Preis nach Uebereinkunft.
Friedrich Effig.
Kleidung, Wäsche, Schuhwaren, für Herren und Damen, Tisch- und Bettwäsche, Weißwaren,
kaufen Sie bei uns
auf Kredit
gegen bequeme wöchentliche, vierteljährliche, monatliche
Teilzahlungen.
Ware wird bei der ersten Anzahlung sofort geliefert. Katalog und Versandbedingungen franko und kostenfrei!
August Rettig,
G. m. b. H.
Berlin, G 76,
Innsbruckerstraße Nr. 18.

Kommunalverband Neuenbürg.
Der Kommunalverband hat seine Tätigkeit in Bezug auf die Mehl- und Futtermittel-Versorgung eingestellt und durch Ueberleitung des Mehl-Lagers samt Einrichtung auf die
Kunstmühle von Gebr. Bauer, Aktiengesellschaft, Mühlacker
Borforge getroffen, daß der Bezirksbevölkerung nicht bloß die Notversorgung in Mehl sichergestellt ist, sondern daß darüber hinaus eine volle Versorgungsmöglichkeit in allen Arten von Mehl- und Futtermitteln zur Verfügung steht. Die neue Unternehmerin ist durch die früheren Geschäftsbeziehungen im Bezirk gut eingeführt.

Kommunalverband:
Oberamtmann Wagner, Oberamtspfleger Käßler.
Geschäfts-Eröffnung.
Der werten Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung zur gröl. Kenntnisnahme, daß wir im früheren Mehl-Lager des Kommunalverbandes Neuenbürg (Gensle'sche Kunstmühle) ein reichhaltiges Lager in den verschiedensten Mehl- und Futtermitteln unterhalten. Es wird unser Bestreben sein, nur durch Führen besserer Ware unsere verehrliche Kundschaft zur vollsten Zufriedenheit zu bedienen. **Telephon-Anschluß Nr. 102.**
Wir empfehlen:

Weizenauszug 00, Weizengries, Rubelbunzt, Weizenmehl Spez. 0, Brotmehl.
Roggenmehl, Rahmehl, Futtermehl, Weizenkleie, Roggenkleie.
Haber trifft in den nächsten Tagen ein.
Mühlacker-Neuenbürg, den 3. März 1924.
Gebr. Bauer, Kunstmühle, Aktien-Gesellschaft.
Gräfenhausen.

Stammholz-Verkauf.
Die Gemeinde bringt aus dem oberen Wald zum Verkauf:
114 St. Tannen 1.—4. Klasse mit 114 Fm., 1 Eiche mit 0,40 Fm.
Die bedingungslosen Angebote wollen spätestens am **14. ds. Mts., nachm. 5 Uhr,** beim Schultheißenamt eingereicht werden.
Den 3. März 1924.
Schultheißenamt.

Rötendach, O.V. Calw.
Stammholz-Verkauf.
Die hiesige Gemeinde bringt am **Freitag, den 7. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr,** auf dem Rathaus **ca. 90 St. forchenes Langholz mit ca. 63 Fm. 3. bis 5. Klasse** im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf. Bedingungen und Auszüge auf dem Rathaus. Günstige Abfuhr.
Gemeinderat.

Gemeinde Arnbach.
Stammholz-Verkauf.
Die Gemeinde verkauft im öffentlichen Aufstreich am **Samstag, den 8. März 1924, nachmittags 8 Uhr,** aus Abteilung 17 Schwannerrain
118 Fm. Tannen 1.—3. Klasse, sowie 7 Stück Buchen mit 6,41 Fm. 2.—4. Klasse und 1 Eiche mit 1,6 Fm. 2. Klasse.
Liebhhaber sind eingeladen.
Gemeinderat.

Neuenbürg, 3. März 1924.
Statt jeder besonderen Mitteilung.
Todes-Anzeige.
Heute Abend verschied im Alter von 74 Jahren unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Frau Emma Clausz, Witwe.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Bezirksnotar Reuß und Frau
Mathilde, geb. Clausz.
Beerdigung in Ludwigsburg. Für etwa zuge dachte Blumen Spenden wird herzlich gedankt.

Ia
Schmiede-Kohlen
empfehlen als Lager
Richard Weiss,
Brennstoffvertrieb,
Birkenfeld, Telefon Nr. 4.
Arnbach.
Einen Wurf schöne
Milch-Ideeweine
verkauft
Ernst Vertsch, Landwirt.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
3. März 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe . . .	4,2	4,2	Bayr. Akt.	5 1/2
3%, dt. Reichsanl.	0,975	0,975	Haderus Akt. . . .	22 1/2
4%	0,425	0,525	Chatsottenburger	33,6
5%	0,120	0,115	Wasser Akt. . . .	5,1
3 1/2% Württ. Staatsanleihe	0,650	0,610	Daiml. Mot. Akt. . .	20
4% W. Staatsanl.	0,550	0,570	Goggenau Eisen Akt. .	8
5% Südd. Festwertbank Obl.	1,6	1,6	Germania Cinoleum Akt.	—
5% Badische Kohlenanleihe	12,3	12,3	Harz Bergb. Akt. . .	84 1/2
5% Rhein. Goldanleihe . . .	2,5	2,5	Höchst Farb. Akt. .	17,9
Dtsch. Bank Akt.	14 1/2	14,3	Langhans Akt. . . .	13,8
Disconto-Command. Akt.	18,3	18	Rhein-Rothm. Akt. .	12 1/2
Reichsbank Akt.	41 1/2	41 1/2	Kollmar & Sourdan Akt.	37 1/2
Rhein. Creditbank Akt. . . .	4,5	4,3	Rieting Wes. Akt. . .	13 1/2
Württ. Vereinsbank Akt.	4 1/2	4,6	Laurahütte Akt. . .	21,4
Hapag Akt.	40 1/2	40,9	Magnus Akt.	3 1/2
Nordb. Lloyd Akt.	8,8	9	Mansfeld Akt. . . .	13,3
Allg. Lokalb. Akt.	35	39	St. L. Akt.	8
Elekt. Hochb. Akt.	52	50 1/2	Neckarwerke Akt. .	9,1
A. G. Akt.	13 1/2	13,3	Enl. Eichel Akt. . .	11
Süd. Anilin Akt.	21 1/2	22	Solz. Zellul. Akt. . .	102
			Stuttg. Zuck. Akt. .	6
			Württ. Elekt. Akt. .	10
			Zellulose Waldhof Akt. .	14 1/2

Pfannkuch & Co.
Frisch gemästerte
Stodfische
Pfund 35 Pfg.
Frische
Süß-Bücklinge
Pfund 32 Pfg.
5 Pfd. 1 50
Kiste 1
Donnerstag eintreffend:
Frische
See-Fische
Pfannkuch & Co.

300 Mk.
werden auf je nach einfache Sicherheit auf ein Vierteljahr aufzunehmen gesucht.
Wo sagt die Geschäftsstelle des Enztälers.

Gebildetes Fräulein,
bewandert in Stenographie und Maschinenschreiben, sowie in Buchhaltung durchaus erfahren, **sucht Stelle** auf Büro oder Beamtung. Sehr gute Zeugnisse vorhanden.
Offerten unter **A. 20** an die Enztäler-Geschäftsstelle.
Höfen a. G.
Eine neue starke
Hobelbank
hat billig zu verkaufen
Hermann Binder.
Conweiler.
Eine schwere Holländer
Milch- u. Ziehmilch
29 Wochen trüchtig, verkauft
Hermann Kappler.

Bezugspreis:
Halbmonat. 17,-
30 Monatshefte. 50,-
Post im In- u. Ausland. 50,-
Vorauszahlung 10,-
Preis freibleibend
Abbestellung vorher
Preis einer Nummer 1,-
pennig.
In Fällen von Abbestellung besteht kein Anspruch auf Wiedererstattung der Abbestellungsgebühr.
Bestellungen werden
Postkarten, in
außerdem die
jederzeit entgegen
Stuttgart, 4. 9.
bezeichneten Beamten
Bildung eines Bes
Sprach über die Be
bedeutete die tiefe
Abhandl. bei der
vielfach verlassen u
lagen des ganzen
Der Abg. Under r
in Bezug auf die
schon oft ein Bes
feine guten Geschä
viel Rücksicht auf
Wählern mache sie
nationalen, die das
Grund für die
wort des Vorkühn
schiebung angenom
der Heimenbau
Wannheim, 3.
Bretterzeugung verfa
westdeutschen Becht
den die Reichsregier
Eingeweihten des
ihre Arbeitsstätten
zurückgehaltenen 11
wegen der treuen
wurden, freigelassen
besonders der aus
ger. Die Wahrung
landabkommens ist
Presse des bejesten
Reichsverband der
Berlin, 1. Mär
belle Reichsarbeit
beitslosen 5 Mill
Stützungen Lebende
Keine Begehung
Ein Berliner
Herr von Kahr in
er mit dem Hause
bindung gestellt
authentisch und ei
zu jener Zeit über
war, daß der Kro
von den Geschicht
Telephongespräch
weil in der Nacht
Man erhebt also
billig um eine Se
Ereignis
Düsseldorf, 1.
Rheinlandkommis
ellen des bejesten
Verhandlungen jet
den Zeitraum von
diese Verträge ist
hohenen Sätze ern
unbedachten Deut
aufheben noch ein
zwei Viertel und
auf Reparationsst
München, 3.
brachte Justizrat
angefundigten Be
Mitteilung des G
verfahrens über d
Doffnung aus, da
und wenn nötig
Seißer und Gobi
Justizrat Kohl die
nisteriums Anklag
schaftsministers R
Justizrates Sicher
ben des Offiziers
dieser feststellt, daß
9. November nicht
folgte Vernehmung
Oberleutnant a. T
nett befähigte die
nant Wagner, an
men. An der Be
ohne zu wissen, d
Bon den Ereigni
rasch worden. G
sine Aufforderung
und auf Befehl G
der 14 650 W. Mor
babe sich gebacht,
Oberamtmann
nommen. Er geb
sich nie in seinem
mokratischen Oede
Mitte Mai zum
direktion ernannt
wehr, Bollzeitswe
1923 sei er auch
täuscht habe ihn
Eine weitere Ent
September 1923